Konferenz „Zukunft Europas“ 4./5. Dezember 2006, Brüssel

Bericht über die Beratungen der Arbeitsgruppe „Die Rolle der EU bei der Konfliktprävention“

Berichtersteller: Michael Roth, MdB, Deutscher Bundestag

- Über die Rolle der EU in der Konfliktprävention besteht zwischen den Vertretern nationaler Parlamente und des Europäischen Parlamentes erfreulicherweise ein hohes Maß an Übereinstimmung. Das gibt Anlass zu Optimismus, denn sowohl bei den Bürgerinnen und Bürger der EU als auch in der internationalen Staatengemeinschaft besteht eine hohe Erwartungshaltung gegenüber der Außen- und Sicherheitspolitik der EU.
- Übereinstimmend wurde in der Arbeitsgruppe festgestellt, dass es in der Außen- und Sicherheitspolitik bisher nicht zu viel, sondern eher zu wenig Europa gibt. Um nachhaltige Fortschritte zu erzielen, ist daher das In-Kraft-Treten des Verfassungsvertrages unabdingbar. Er macht die EU außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähiger, unter anderem durch den europäischen Außenminister, einen europäischen diplomatischen Dienst, die Überwindung der Säulenstruktur und die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen zugunsten effizienterer und kohärenterer Entscheidungsstrukturen.
- Die notwendigen institutionellen Reformen, insbesondere die Einführung des europäischen Außenministers, der zugleich Vizepräsident der Kommission und Beauftragter des Rates ist, müssen die Kohärenz europäischen Handelns stärken und dafür sorgen, dass die EU nach außen mit einer Stimme spricht. Eindrücklich bestätigt die Studie der Kommission zu den „Kosten des Nicht-Vertrages“ den Reformbedarf in der Außen- und Sicherheitspolitik.
- Die Arbeitsgruppe hat die zentrale Bedeutung der Solidarität für den inneren Zusammenhalt der Europäischen Union in außenpolitischen Fragen ausdrücklich betont. Bislang wird das Gemeinschaftsinteresse allzu oft nationalen Partikularinteressen untergeordnet.
- Ebenso ist die EU zur Solidarität gegenüber Staaten verpflichtet, die von Krieg, Entrechtung und Hunger bedroht sind. Die EU muss ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten ausbauen und kohärenter gestalten. Die Entwicklungszusammenarbeit ist ein bedeutendes Instrument der Konfliktprävention.
- Die Entwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist von vielen Rückschlägen gezeichnet. Aber die EU hat aus ihren Fehlern immer wieder gelernt. Während sie beim Irak-Krieg tief gespalten war, leistet sie heute mit ihrer Mission einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit des Libanon.
- In der Arbeitsgruppe wurde die europäische Sicherheitsstrategie lobend erwähnt, zugleich aber auf einen Aktualisierungs- und Überarbeitungsbedarf verwiesen.
- Die EU handelt oft zu spät. Bisher mangelt es ihr an einer nachhaltigen Strategie um humanitäre Katastrophen rechtzeitig zu verhindern. Vor dem Einsatz militärischer Mittel müssen zivile Instrumente zum Einsatz kommen.
- Zu den Instrumenten der Krisenprävention gehören auch die der sog *soft power*, bspw. ein verstärkter interkultureller und interreligiöser Dialog sowie ein größeres Engagement in der Entwicklungspolitik. Humanitäre Einsätze sollten grundsätzlich gemeinsam von der EU geplant werden. Frauen können bei der

Verhütung von Konflikten eine besondere Rolle einnehmen. Die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft ist auszubauen

- Die Außenpolitik der EU darf nicht zu neuen Trennlinien in Europa führen. Daher muss EU ihre Zusammenarbeit mit anderen europäischen Institutionen wie dem Europarat vertiefen, dem auch viele Staaten angehören, die nicht Mitglieder der EU sind.
- Ob die EU langfristig gemeinsame Streitkräfte unter eigenem Kommando einrichten sollte, wurde unterschiedlich bewertet. Zunächst müsse die Akzeptanz in der Bevölkerung sichergestellt sein. Außerdem bestünden hinsichtlich der parlamentarischen Kontrolle sehr unterschiedliche nationale Traditionen.
- In der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU muss eine effektive und umfassende parlamentarische Kontrolle gewährleistet sein. Im Hinblick auf eine stärkere Vergemeinschaftung dieser Politiken wurde eine stärkere Rolle des EP erwogen. In der Diskussion standen ebenso eine bessere Koordinierung und Abstimmung der nationalen Parlamente mit dem EP und eine Wiederbelebung der Parlamentarischen Versammlung der WEU.
- Unterschiedliche Schwerpunkte setzten die Teilnehmer bei der Frage, in welchen Regionen sich die EU in besonderer Weise engagieren soll. Einige verwiesen auf die Mittelmeerregion und den Barcelona-Prozess, andere auf die Weiterentwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik und die Beziehungen zu Russland. Betont wurde ebenso die besondere Verantwortung gegenüber dem Nahen Osten und Afrika. Im Übrigen wurde die Auffassung vertreten, dass sich die EU einer globalen Verpflichtung zum Kampf gegen Völkermord nicht entziehen könne.
- Offen blieb, in welcher Weise sich die EU im Rahmen der Vereinten Nationen (VN) engagieren solle. Angesprochen wurde die Frage eines gemeinsamen Sitzes der EU im VN-Sicherheitsrat oder zumindest die gemeinsame Ausübung des Stimmrechts der EU-Mitglieder im Sicherheitsrat.
- Ob die Kosten einer verstärkten europäischen Konfliktprävention aus den nationalen Haushalten oder dem Budget der EU zu finanzieren seien, wurde nicht abschließend beantwortet.
- Seit fast fünfzig Jahren hat sich die Europäische Staatengemeinschaft Union als Friedensmacht profiliert und die Versöhnung zwischen ihren Mitgliedstaaten ermöglicht. Die kontinuierliche Erweiterung der EU hat Europa sicherer gemacht. Insbesondere wurde mit der Aufnahme der Staaten Mittel- und Osteuropas die Teilung Europas endgültig überwunden.
- Auch zukünftig muss die EU für alle europäischen Staaten offen sein, die ihre Werte teilen und bereit sind, den gemeinschaftlichen Besitzstand zu übernehmen. Jedoch können weitere Beitritt erst dann vollzogen werden, wenn die EU dafür die institutionellen Voraussetzungen geschaffen hat.